

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

18.3.1932 (No. 66)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrueck-  
Str. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsangeiger:  
Chefredakteur  
G. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Rabatt auf alle und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueck-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Fall die Zeitung veräußert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Umstellung des Berufsschulwesens in der Notzeit

Von Dr. Heinrich Mittelbach

Das Berufsschulwesen verdammt seine heutige Form und Ausgestaltung dem Artikel 145 der Reichsverfassung, der neben der allgemeinen Volksschulpflicht den Besuch der anschließenden Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahre anordnet. Allerdings ist auch dieser Artikel der Verfassung nicht in seinem vollen Umfang zur Ausführung gelangt. Schon hierbei hat sich die finanzielle Notlage ausgewirkt, die den Gemeinden die Verwirklichung der allgemeinen Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahre praktisch unmöglich machte. Der Artikel 145 der Reichsverfassung beruht auf der richtigen Erkenntnis der Tatsache, daß das deutsche Volk nach der Abschaffung der Militärpflicht um so dringender einer allgemeinen Berufsschulpflicht bedarf. Ohne eine gründliche Durchbildung und berufliche Ausbildung der heranwachsenden Jugend wird den deutschen Gewerben und insbesondere der deutschen Industrie in kommenden besseren Zeiten kein ausreichendes Heer von Qualitätsarbeitern zur Verfügung stehen. Aber was in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunktur unentbehrlich ist, das wird in Notzeiten nicht immer als dringlich angesehen werden dürfen. Wir erleben es heute, daß im Gegenteil auch die Berufsschule abgebaut werden muß, weil den Gemeinden die Mittel zu ihrer Erhaltung oder gar zu ihrer weiteren Ausgestaltung nicht mehr zur Verfügung stehen. Trotzdem sollte, wenn es sich um die Drosselung des Berufs- und Fachschulwesens handelt, jede Gemeinde in Erwägung ziehen, daß die Fortbildungs- und Berufsschule in erster Linie die Aufgabe hat, der deutschen Wirtschaft den Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften zu liefern, ohne den diese künftig ihre heutige hohe Stellung innerhalb der Weltwirtschaft nicht wird behaupten können. Auch die heutige Zeit der Not und der Einschränkungen auf allen Gebieten wird einmal vorübergehen. Dann aber wird für eine sich wieder ausdehnende deutsche Wirtschaft die Deckung des Bedarfs an ausgebildeten Arbeitern und Angestellten eine Lebensfrage sein.

Manche Sparmaßnahmen kann freilich auch auf dem Gebiete des Berufsschulwesens durchgeführt werden, ohne daß der wirtschaftliche und erzieherische Effekt der Berufsschule dadurch wesentlich beeinträchtigt zu werden braucht. Den Weg hierzu ebnet vor allem eine Umstellung der Berufsschulen von dem rein schulischen, nur auf die Vermehrung des Wissens gerichteten theoretischen Unterricht auf die praktische gewerbliche Ausbildung. Man hat mit Recht gefordert, daß bei der Ausbildung der über 14 Jahre alten Jugendlichen dem gewerblichen Fachmann, der in der Praxis steht oder stand, ein größeres Tätigkeitsfeld als bisher eingeräumt werden soll. Es gibt heute zahlreiche tüchtige und erfahrene Handwerker, Ingenieure, Kaufleute und andere Männer der Praxis, die in ihrem bisherigen Beruf infolge der Wirtschaftskrise keine Beschäftigung mehr finden, die aber bei der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses außerordentlich wertvolle Dienste leisten können. Bei der Fortbildung der jugendlichen Erwerbslosen, insbesondere bei der Beschäftigung dieser Jugendlichen mit praktischen Arbeiten in Werkstätten, hat man mit Erfolg solche Kräfte aus gewerblichen Kreisen herangezogen. Wenn sich hierbei gezeigt hat, daß für die arbeitslose Jugend die Fortbildung in der praktischen Berufsausbildung sehr viel wichtiger ist als der theoretische Unterricht, und wenn sich ferner gezeigt hat, daß auch die Jugend selbst der praktischen Tätigkeit weit mehr Interesse entgegenbringt als dem schulmäßigen Unterricht, so sollte man aus dieser Erkenntnis für den gesamten Fortbildungs- und Berufsschulunterricht die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Sparmaßnahmen im Berufs- und Fachschulwesen, die unumgänglich sind, müssen und können in erster Linie durch Einschränkung des Unterrichts auf den Gebieten theoretischen Wissens ermöglicht werden. Dafür sind die Ausbildungsstellen in den Werkstätten entsprechend zu vermehren. Es wird sich dann sehr bald zeigen, daß allein schon durch diese Umstellung erhebliche Ersparnisse erzielt werden können.

Ein besonders wichtiges Gebiet, auf das die Berufs- und Fachschulen sich weit mehr noch als bisher einstellen müssen, ist das der Vorbereitung für die Siedlungsstätigkeit. Einer der ältesten und bewährtesten Vorkämpfer des Berufsschulwesens, der Berliner Obermagistratsrat R. Wölbling, wies im Heft der Zeitschrift des Deutschen Städtetages auf die große und nicht nur kulturell bedeutsame Rolle hin, die die Schule im ländlichen und städtischen Siedlungswesen zu spielen haben wird. Voraussetzung einer erfolgreichen Verwirklichung des Siedlungsgedankens ist, wie Wölbling darlegt, nicht nur eine umfangreiche landwirtschaftliche, gärtnerische und forstwirtschaftliche Unterweisung, sondern auch eine solche im hausgewerblichen Fach, in der Maschinenschlosserei und, soweit die weibliche Jugend in Frage kommt, natürlich in der praktischen Haushaltsführung. Erst wenn auf diese Weise ein vorgebildetes, brauchbares Menschenmaterial für die Siedlung vorhanden sein wird, kann diese auf die Dauer den erwarteten Erfolg zeitigen. Für die Berufsschule aber und ihre wirtschaftsfördernden Aufgaben wird es nur von Vorteil sein, wenn sie auf diese Weise immer mehr auf den Weg der Praxis gedrängt, wenn also die Schule mehr und mehr durch die Werkstätte ersetzt wird.

Der sozialdemokratische Parteivorstand nimmt in einem Aufruf an die Partei Stellung zu der Entscheidung des 18. März und fordert alle Wähler auf, Hitler am 10. April noch gründlicher zu schlagen, als am 13. März. Es wird nochmals die Parole ausgegeben: „Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg!“

Im Republikanengesetz-Prozess gegen die Stahlhelmführer Selbe, Düsterberg und den Redakteur Kleinau wurde der Freispruch vom Reichsgericht in Leipzig bestätigt.

### Letzte Nachrichten

#### Die Reichspräsidentenwahl

Das endgültige Ergebnis des 1. Wahlganges  
W.B. Berlin, 18. März. (Tel.) Der Reichswahl-  
ausschuss hat heute vormittag das vorläufige endgültige  
Ergebnis der Reichspräsidentenwahl  
festgestellt.

Insgesamt wurden abgegeben 37 658 036 gültige  
Stimmen. Davon erhielten:

- Duesterberg: 2 558 939 = 6,8 Proz.,
- Hindenburg: 18 654 690 = 49,6 Proz.,
- Hitler: 11 341 360 = 30,1 Proz.,
- Thälmann: 4 982 939 = 13,2 Proz.,
- Winter: 111 486 = 0,3 Proz.,
- Zersplittert: 8622 Stimmen.

Auf Grund dieser Zahlen hat der Reichswahl-  
ausschuss festgestellt, daß die Zahl der Kandidaten  
mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen  
erhalten hat. Es muß somit ein zweiter Wahlgang  
stattfinden.

#### Zur Frage der Kriegsschulden

Die amerikanische Politik unverändert

W.B. Washington, 18. März. (Tel.) Die gestrige Senats-  
debatte über die Kriegsschulden, war durch einen Artikel in der  
„Washington Post“ hervorgerufen worden, der auf die Mög-  
lichkeit hingewiesen hatte, daß Mellon bald nach seiner An-  
kunft in London die Frage der Ermäßigung der britischen  
Zahlungen an Amerika mit dem britischen Außenamt erörtern  
werde. Im Weissen Haus, im Schatzamt und im Staatsdeparte-  
ment wurde erklärt, daß der Artikel ein reines Phantasie-  
produkt darstelle; der Standpunkt der Regierung sei unver-  
ändert. Dieser geht bekanntlich dahin, daß die amerikanische  
Regierung nicht die Initiative ergreifen, sondern die euro-  
päischen Regierungen an sich heranommen lassen werde, nach-  
dem diese sich in Lausanne auf eine „vernünftige und wirklich  
konstruktive Formel“ geeinigt haben werden.

#### Strafrechtsausschuss des Reichstags

W.B. Berlin, 18. März. (Tel.) Der Strafrechtsausschuss  
des Reichstags führte heute die Beratung des neuen Straf-  
gesetzbuches bis auf die sog. Weltanschauungsfragen und die an  
den Untersuchungsausschuss überweisenden Fragen zu Ende.  
Am 26. März soll der Untersuchungsausschuss zusammentreten.

#### Wohnungsausschuss

wünscht Senkung der Neubausmieten

W.B. Berlin, 18. März. (Tel.) Im Wohnungsausschuss  
des Reichstags hatten verschiedene Parteien Maßnahmen zur  
Senkung der Neubausmieten und der Zinslasten für Eigen-  
heimbewohner verlangt. Der Untersuchungsausschuss hatte diese  
Anträge in einer Entschließung zusammengefasst, die der Woh-  
nungsausschuss heute einstimmig annahm. Der Antrag  
schlägt der Regierung zur Senkung der Neubausmieten fol-  
gende Maßnahmen vor: Senkung der Mieten unter Verück-  
sichtigung des Einzelfalles durch Steuererleichterung oder Aus-  
setzung der Tilgung der wertfälligen Vermögen, Verlängerung  
der Mündigkeit der Gemeinden für sog. 1b-Hypotheken,  
soziale Fürsorge auch für erwerbslose Neubausmieter.

#### Aus dem Sklarek-Prozess

W.B. Berlin, 18. März. (Tel.) Als erster Zeuge wird der  
Revisor Obermagistratsrat Brandes vernommen, der im Sep-  
tember 1929 den Sklarek-Fall letzten Endes aufdeckte. Am  
17. September habe er vom Magistrat den Auftrag erhalten,  
eine außerordentliche Revision der Girokasse I vorzunehmen.  
Er sei erschüttert gewesen über die Höhe des Sklarek-Kredits  
und habe Direktor Schmidt schwere Bedenken geäußert.

Als die Prozessbeteiligten nach vorn an den Richtertisch  
treten, um das Schreiben anzusehen, spricht Leo Sklarek auf  
den Zeugen ein. Der Vorsitzende weist ihn außerordentlich  
erregt zurück: „Es ist eine Frechheit von Ihnen, Leo Sklarek,  
sobald die Aussicht verdeckt wird, mit Zeugen zu sprechen.  
Wenn das so weiter geht, werde ich Sie bei der Vernehmung  
der Zeugen abführen lassen.“

Der Zeuge fährt fort: „Einer der Stadtbauinspektoren sagte  
zu mir, ich sollte an meine Familie denken, ich sollte mich nicht  
unmöglich machen, die Sklareks würden gegen mich eine  
Schadenersatzklage anstrengen. Welcher der drei Direktoren  
es war, wisse er nicht.“

Der Reichstag wird nunmehr voraussichtlich, trotz der am  
24. April stattfindenden Landtagswahlen, zu dem feinerzeit in  
Auslicht genommenen Termin, am 12. April, zusammentreten.  
Er wird sich vor allem mit dem neuen Etat beschäftigen. Das  
Etatjahr ist durch Notverordnung um ein Vierteljahr ver-  
längert worden und läuft am 1. Juli ab.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erklärte sich  
in seiner heutigen Sitzung dafür, die gesamte Hofkraft der  
Partei gegen die Weimarer Koalition in Preußen einzusetzen.  
Begründet wurde allseitig das Ergebnis der Reichspräsidenten-  
wahl. Es wurde als selbstverständliche Pflicht aller Volkspartei-  
teiler erklärt, Wahlmündigkeit und Plausibilität auf das  
Schärfste zu bekämpfen und auch im zweiten Wahlgang alle  
Kräfte für Hindenburg einzusetzen.

### Wirtschaftliche Umschau

Arbeitsbeschaffung — Die Schwierigkeiten der Finan-  
zierung — Außenhandel und Devisenlage

Gegenwärtig ist die Reichsregierung bemüht, Wege  
zur Beschaffung von Arbeit in größerem Umfang zu fin-  
den, um möglichst viele der beschäftigungslos Geworde-  
nen und auf den Unterhalt aus öffentlichen Mitteln An-  
gewiesenen wieder in den Produktionsprozess einzufügen.

In den Jahren nach dem Krieg hatte man sich die Lö-  
sung dieses Problems sehr leicht gemacht. Das Ende aber  
war dann die Inflation und der Verlust fast des ge-  
samten Sparkapitals des deutschen Volkes. Es ist notwen-  
dig, heute daran zu erinnern, denn es fehlt gegenwärtig  
nicht an Vorschlägen, die mit Hilfe währungsgefährdender  
Kreditausweitungen, also auf ähnlichem Wege wieder  
erhöhte Beschäftigung herbeiführen wollen. In der In-  
flationszeit war die Finanzierung aller Arbeiten sehr ein-  
fach. Die Reichsbank schuf mit der Notenpresse Geld, und  
gab daraus Kredite an öffentliche Körperschaften (und  
auch an Private), die dann infolge des weiteren Abwin-  
kens der Währung mit entwertetem Geld zurückbezahlt  
wurden. Oder man gab Anleihen in Papiermark, deren  
Inhaber damit schließlich ihre Zimmer tapetieren konn-  
ten. Auf diese Weise geht es jedenfalls jetzt nicht mehr.  
Aus dem furchtbaren Geschehen der Inflation, bei der der  
Staat indirekt nicht nur jedem Sparvermögen zunächst  
eine gewaltige Abgabe auferlegte, sondern schließlich dieses  
Vermögen praktisch beschlagnahmte, so daß das Ergebnis  
eine ungeheure Verarmung des deutschen Volkes war,  
hat die Allgemeinheit doch zuviel gelernt, als daß die  
nochmalige Wiederholung eines solchen Verfahrens mög-  
lich wäre. Würde es der Staat versuchen, dann würde  
eine solche Aktion, weil man eben ihre Folgen kennt,  
sehr schnell zusammenbrechen und es würde damit der  
Staat selbst gefährdet.

Bei der Arbeitsbeschaffung handelt es sich also zunächst  
um eine einwandfreie Finanzierung, deren Grundlage  
auch eine eigentlich kaufmännische sein muß. Das heißt,  
die Arbeiten, die aus öffentlichen Mitteln ausgeführt  
werden sollen, müssen sich rentieren, Zinsen und Til-  
gungssummen aufbringen. Das letztere ist deshalb not-  
wendig, weil aus unserer überlasteten Wirtschaft zur Fi-  
nanzierung eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms  
nicht etwa noch neue Steuern herausgepreßt werden könn-  
en. Es geht in der Hauptsache nur auf dem Anleihe-  
wege. Die Reichsbahnleihe, die bekanntlich durch  
Steuerfreiheit und Amnestiebestimmungen ausgestattet  
war, war ein solcher Versuch, bei dem es gelang, immer-  
hin mehr als 200 Millionen Reichsmark, zum Teil aus  
geflüchtetem Kapital, aufzubringen. Da die Summe der  
aus Deutschland nach dem Ausland geflüchteten Gelder  
auf 5 bis 8 Milliarden Reichsmark geschätzt wird, ist es  
tatsächlich nicht ausgeschlossen, auch weiterhin auf solchen  
oder ähnlichem Weg den öffentlichen Körperschaften Mit-  
tel für Aufträge an die Wirtschaft zu verschaffen, wenn  
es sich um rentable Arbeiten handelt. Noch etwas an-  
deres ist möglich, auf das uns die Krise der Geldinstitute,  
oder Sparkassen hinweist. Unser Notenumlauf könnte  
geringer sein oder, anders herum gesagt, es könnten  
größere Summen für Kreditzwecke frei werden, wenn es  
gelänge, das Hamstern und Horten von Zahlungsmitteln  
einzufrieren. Die Deutsche Bank und Diskontogesell-  
schaft weist in ihrem letzten Wirtschaftsbericht darauf  
hin, daß sich zu Ende des Jahres der Bestand an Spar-  
einlagen um 1 1/2 Milliarden verringert hat, und daß wohl  
800 bis 1000 Millionen Zahlungsmittel in Deutschland  
gegenwärtig tatsächlich gehortet werden, also dem Um-  
lauf und den Kreditinstituten entzogen sind und nutzlos  
in den Schubläden liegen. Bei der Begebung von An-  
leihen wie bei der Freimachung geborteter Zahlungsmittel,  
ist Voraussetzung die Wiederherstellung des Vertrau-  
ens, zunächst in die nationale, öffentliche und Privat-  
wirtschaft, dann aber auch in die Weltwirtschaft. Deren  
Verflechtungen zeigen sich wieder bei den Schwierigkeiten  
des Kreuzer-Konzerns. Aus allen diesen Erwägungen  
ergibt sich, daß es schnellwirkende Allheilmittel nicht gibt,  
männ sie auch besonders bei den Wahlveranstaltungen  
der letzten Zeit eine große Rolle gespielt haben.

Es gibt tatsächlich immer noch bauertige und rentable  
Projekte zur Arbeitsbeschaffung. Es sei nur an notwen-  
dige Instandsetzungsarbeiten, an Verkehrswege aller Art,  
an öffentliche und private Bauten, an Hochwasserschutz,

Meliorationen, Instandhaltung der Althäuser, erinnert, die bei Unterlassung später erheblich größere Mittel in Anspruch nehmen müßten und dadurch schon rentable Arbeiten werden. Es kann sich aber nur um die Deckung eines tatsächlichen notwendigen Bedarfs handeln, wenn man die Wirtschaft wieder wirksam ankurbeln und später nicht neue Rückschläge erleiden will.

Dem Reichskabinett liegt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums vor, das häufterge Projekte im Gesamtbetrag von 1,2 Milliarden aufzählt, allerdings ohne auf die Finanzierungsmöglichkeiten einzugehen, auf die es, wie gesagt, vor allem ankommt. Vorerst stößt die Angelegenheit in diesem wichtigsten Punkt, weshalb diese Vorschläge auch nicht in vollem Umfang zu verwirklichen sein werden. Sie sehen Arbeitsbeschaffungen durch Reichsbahn und Reichspost vor und weiter Straßenbahn und landwirtschaftliche Meliorationen, die Arbeit für etwa 600 000 Menschen bedeuten würden. Auch daraus schon geht hervor, wie schwierig das Problem der Arbeitsbeschaffung ist, denn auch wenn die Finanzierung für das ganze Projekt gelänge, würde dadurch nur ein Zehntel unserer mehr als 6 Millionen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot kommen, freilich auch darüber hinaus das Wirtschaftsleben befruchtet werden.

Diese Probleme behandelt ein Gutachten, das der Zentralausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats der Reichsregierung erstattet hat und das demnächst veröffentlicht werden soll. In diesem Gutachten wird betont, daß die Arbeiten zusätzlicher Art sein müßten, aber gleichzeitig eine wirtschaftliche Rentabilität gewährleisten müßten, um eine Finanzierung gemäß der Lage der öffentlichen Finanzen und der Reichsbank zu gewährleisten. Diese Finanzierung sei jedoch nur unter Hilfestellung der Reichsbank möglich. Ein zusätzliches Arbeitsprogramm könne freilich kaum den Weg zu einem neuen Anstieg der Konjunktur bereiten, aber wenigstens einem weiteren Produktionsverfall vorbeugen und der deutschen Wirtschaft den Weg durch ein Tief von bisher noch nicht geahenem Ausmaß erleichtern. Natürlich bleiben alle Bedenken gegen eine Finanzierung, die irgendwie nach einer künstlichen Kreditausweitung aussieht. Das Gegebene sind, was ja auch das Gutachten selbst unterstreicht, langfristige Anleihen, zunächst aus deutschen Kapitalreserven. Alles muß in Gang gesetzt werden, um sie möglich zu machen, und das Vertrauen, ihre Grundlage durch entsprechende Reformen der Staats- und Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Die in dieser Woche veröffentlichten Zahlen der deutschen Handelsbilanz für Februar zeigen aufs neue die Schwierigkeiten, die der deutschen Ausfuhr aus dem direkten und indirekten protektionistischen Maßnahmen des Auslands, freilich auch aus der weiter andauernden Weltwirtschaftskrise und der sinkenden Kaufkraft in der Welt entstehen und unsere Volkswirtschaft weiterhin auf das ernsteste bedrohen. Der Rückgang des Überschusses der Handelsbilanz im Januar, der sich gegenüber Dezember von 218 auf 177 Millionen vermindert hatte, war zum großen Teil als eine saisonmäßige Erscheinung anzusehen. Anders aber ist es mit der Handelsbilanz vom Februar. Der Exportüberschuß hat sich in diesem Monat, der sonst immer eine steigende Aktivität in den vergangenen Jahren aufwies, auf 97 Millionen verringert. Es sei daran erinnert, daß der Februar 1931 eine erhöhte Aktivität der Handelsbilanz gegenüber dem Januar um 100 Millionen, und der Februar 1930, nachdem der Januar passiv mit 213 Millionen Reichsmark abgeschlossen hatte, einen Ausfuhrüberschuß von 44 Millionen Reichsmark erbracht hatte.

Diesmal hat sich allerdings die deutsche Ausfuhr behauptet, mengenmäßig sogar eine kleine Zunahme erfahren, was aber darauf zurückzuführen ist, daß England, das von jeher an der Spitze unserer europäischen Abnehmer stand, Boreindeckungen im Hinblick auf die am 1. März durch den sog. Generaltarif in Kraft getretenen englischen höheren Zölle vornahm. Allerdings hat die Ausfuhr auch nach Amerika, Argentinien und Indien zugenommen, während sie nach der Schweiz als Folge der Kontingentierungsmaßnahmen und nach der Tschechoslowakei, gleichfalls sehr wichtigen Ausfuhrländern für Deutschland, abnahm. Die Verringerung des Ausfuhrüberschusses ist in erster Linie auch auf die Zunahme der Einfuhr vor allem bei Rohstoffen zurückzuführen, also in dieser Hinsicht wenigstens nicht bedenklich. Es ergab sich eben für manche deutsche Industriezweige die Notwendigkeit, die Vorräte an Rohstoffen auszufüllen, wozu noch bei der Wollindustrie eine günstige Sonderkonjunktur kam.

Die Situation kennzeichnet sich in Verbindung mit dem letzten Ausweis der Reichsbank, deren Devisenlage weiter angespannt ist. Unsere Zahlungsbilanz wird bisher allein durch die nun rückgängigen Exportüberschüsse in einem wenigstens labilen Gleichgewicht gehalten. Der letzte Reichsbankausweis zeigt wiederum einen Verlust von 18 Mill. Reichsmark Deckungsmitteln auf, der hauptsächlich auf die sich gegenwärtig allerdings terminmäßig häufenden Zinsen- und Amortisationszahlungen für die Auslandsanleihen zurückzuführen ist.

Die französischen Wahlbestimmungen. Die französische Kammer nahm heute, Freitag früh, mit 152 gegen 111 Stimmen die Wahlbestimmungen an, wie sie vom Senat vorgelegt wurden. Es tritt also keine Änderung gegenüber den Wahlbestimmungen der letzten Legislaturperiode ein.

## Der zweite Wahlgang

### Aufruf des Grafen Westarp zur Wiederwahl Hindenburgs

W.B. Berlin, 18. März. (Tel.) Graf Westarp übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er dazu aufruft, durch Wiederwahl Hindenburgs Deutschlands Stellung in außenpolitischen Entscheidungsschlüssen zu stärken. Alle nationalen Frauen und Männer müßten belunden, daß das deutsche Volk geschlossen hinter seinem Präsidenten als dem Führer im Freiheitskampf stehe, gewillt, den Kampf gegen Tribute, einseitige Entwaffnung und Kriegsschuldfrage bis zum vollen Siege durchzuführen. An alle, die am 13. März ihre Stimme nach einem anderen nationalen Kandidaten gegeben haben, ergehe der dringende Ruf, der Selbsterleuchtung Einhalt zu tun.

### Keine Kandidatur Duesterbergs

Nach einem gestern gefassten Beschluß des „Kampfbundes schwarz-weiß-rot“ scheidet dessen Kandidat Duesterberg aus dem weiteren Wahlkampf aus mit einer Erklärung, worin es heißt, daß Duesterberg nicht gegen, sondern mit Hindenburg gekämpft habe. Eine weitere Karole für die Reichspräsidentenwahl aber geben Deutschnationale und Stahlhelm nicht aus. Sie wollen sich offenbar nicht für Hindenburg und auch nicht für Hitler entscheiden, und erklären, daß sie das Ergebnis vom 13. März als politischen Tatbestand anerkennen und an dem zweiten Wahlgang desinteressiert sind. Die Erklärung des Stahlhelmführers Duesterberg lautet:

„Ich habe angesichts unserer gemeinsamen vaterländischen Not mich bemüht, den Wahlkampf sachlich zu führen, damit endlich eine nationale Einigung sich andeuten kann. Wir haben nicht gegen, sondern mit Hindenburg gekämpft. Sein Sieg ist in erster Linie der Sieg des Generalfeldmarschalls aus großer Zeit. Unser 13-jähriger Kampf gegen das System geht weiter.“

## Ostereisfreiede

### Gegen verheerende Flugblattpropaganda

Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Weihnachtszeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist, auch für die Osterzeit das innenpolitische Leben befreit werden soll. In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weichen Sonntag (3. April), mittags 12 Uhr dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften politischen Inhalts verboten.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete maßlose Verheerung durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiterhin zu dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März v. J. brauchten nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhalts der Polizei zur vorherigen Kenntnisnahme mitgeteilt werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Verteilungspflicht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts ausgedehnt ist, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.

## Die Biersteuerentlastung beschlossen

### Bei Höchstbelastung um 7 Reichsmark

Das Reichskabinett, das am Donnerstag die Notverordnung über den Burgfrieden verabschiedete, hat sich noch mit einigen anderen Fragen beschäftigt, so vor allem der Biersteuerentlastung. Auch hierüber ist, wie man hört, die Entscheidung gefallen, und zwar soll sich das Kabinett dem Vorschlag des Reichsfinanzministers angeschlossen haben, der da, wo die Reichs- und Gemeindebiersteuer zusammen 21 RM für den Hektoliter beträgt, eine Entlastung der Biersteuer um 7 RM vorgeschlagen hat. Davon sollen 3 RM auf die Reichsbiersteuer, der Rest soll auf die Gemeindebiersteuer entfallen. Für heute ist die offizielle Mitteilung über diesen Kabinettsbeschluss zu erwarten.

## Wer ist Beamter?

Der Reichsrat stimmte am Donnerstag dem Gesetzentwurf über die Begründung des Beamtenverhältnisses zu. Nach Auffassung der deutschen Gerichte ist jeder Beamter, wenn er auch nur vorübergehend Hoheitsfunktionen ausübt. In vielen Fällen ist deshalb Gehalt und Ruhegehalt, ja teilweise sogar Hinterbliebenenversorgung zugesprochen worden, was sich bei Ländern und Gemeinden katastrophal ausgewirkt hat. Der Gesetzentwurf will daher mit rückwirkender Kraft die Begründung des Beamtenverhältnisses von einer Anstellungsurkunde abhängig machen. Bereits gezahlte Bezüge sollen jedoch nicht zurückgefordert werden.

Die bayerische Regierung stimmte gegen das Gesetz, weil es ohne weiteres nicht nur für das Reich, sondern auch für Länder und Gemeinden gelten soll: Bayern hatte die Ermächtigung für die Länder gewünscht, das Gesetz für ihr Gebiet selbstständig in Kraft zu setzen. Trotdem wurde der Entwurf mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Schließlich stimmte der Reichsrat auch der Ausprägung von Drei- und Fünftmarckstücken mit dem Bildnis Goethes zu.

## Kleine Chronik

In der vergangenen Nacht wurde in Remscheid auf das SA-Heim ein Pistolenschuß abgegeben, der einen Nationalsozialisten schwer verletzte.

Die „eucharistische Taube“, ein kleiner wertvoller Reisealtar, und eine Reliquie, die vor einiger Zeit mit mehreren anderen Kunstgegenständen aus dem Salzburger Domjagd verschwunden waren, wurden bei einem privaten Kunsthändler in Amsterdam gefunden. Der Händler hat die Sachen vor kurzem gutgläubig von einem Münchener Kunsthändler erworben.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Der Staatsanwalt hat gegen den Kapitän des deutschen Dampfers „Baden“, Emil Kollin, ein Strafverfahren eingeleitet, weil er angeblich Befehlen der brasilianischen Behörden nicht Folge geleistet habe.

Dr. Hermann Meyer. In Leipzig ist im Alter von 81 Jahren, heute, Freitag, nach längerem schweren Leiden der Chef des Bibliothekischen Instituts in Leipzig, Dr. Hermann Meyer, gestorben. Er hatte mehrere bedeutungsvolle Expeditionen unternommen, hauptsächlich nach Südamerika und auch aus eigenen Mitteln die deutsche Kolonie Neu-Westberg gegründet. Seine Verdienste um das Auslandsdeutschtum wurden mit der Verleihung des „Deutschen Ringes“ vor zwei Jahren anerkannt.

## Ein deutscher Schritt in London

### Litauen bleibt unachgiebig

Nach Kownoer Meldungen hat nach dem Schritt der Signatarmächte die litauische Regierung die Presse dahin informiert, daß diese Note keine Einwirkung auf Litauens weitere Maßnahmen in Romel habe. Das gleiche Schicksal werde die deutsche Note haben. Deutschland hat einen Schritt in London unternommen, um die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Lage im Memelgebiet zu lenken. Der Memelländische Landtag wird am Dienstag zusammengetreten, wobei sich das litauische Direktorium ihm vorstellen will.

## Die Donaupläne Frankreichs

### Diplomatische Verhandlungen

Wie aus Genf gemeldet wird, sind die Besprechungen über die Pläne einer Wirtschaftshilfe für die Donauländer größtenteils abgeschlossen. Als vorläufiges Ergebnis kann festgestellt werden, daß man sich nunmehr entschlossen hat, die Frage auf diplomatischem Wege weiterzubehandeln mit dem Ziel, daß zunächst einmal die vier interessierten europäischen Großmächte Deutschland, Frankreich, Italien und England zu einer Vereinbarung zu kommen suchen. Der Gedanke, daß die fünf Donauländer sich über die Mittel zur Befreiung ihrer wirtschaftlichen Lage unter sich verständigen sollen, und daß erst dann die Frage an die genannten Großmächte herangetragen werden solle, scheint jetzt in den Hintergrund getreten zu sein. Die Frage einer internationalen Hilfsaktion, eventuell auf dem Wege einer Völkerbundsanleihe, wird zur Zeit erörtert. Sie dürfte im Benehmen mit dem Finanzkomitee des Völkerbunds, das zur Zeit in Paris tagt, weiterbehandelt werden.

Die Reichsregierung hat in einer ausführlichen Note zu dem Donauplan Frankreichs Stellung genommen. Sie hält eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich für nicht ausreichend, sondern ist der Ansicht, daß der Wirtschaftsraum der Donauländer auch die großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mitumfassen müsse. „Times“ zufolge habe das britische Kabinett dem Donau-Plan Lardens durchaus günstig gegenüber.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### 10. Sitzung

D.3. Karlsruhe, 17. März 1932.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Justizministers wegen Herbeiführung einer Entscheidung des Landtags über die Genehmigung der Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Albert Roth-Viedolsheim wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Ferner liegt ein Antrag Oagin (Nat.-Soz.), betreffend Laubstreubekämpfung aus den staatlichen Wäldungen, vor.

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Haas (Centr.) den Antrag seiner Partei zum

### Vollstreckungsschuß

Er begründet die von der Regierung erlassenen Verfügungen. Abg. Bod (Komm.) begründet die förmliche Anfrage zum gleichen Gegenstand.

In der Aussprache führt Abg. Köhler (Nat.-Soz.) aus: In der heutigen Zeit der Deflation müßte alles daran gesetzt werden, um zu verhindern, daß volkswirtschaftliche Werte verschleudert werden. Die Bauern seien durch die gewaltige Zinsbelastung immer mehr in Schulden hineingeraten. Die Zinsfrage sei das Kernproblem der deutschen Wirtschaft. Man müsse zu einem Höchstzinsfuß kommen. Die Schutzmaßnahmen genügen für die typischen süddeutschen Verhältnisse nicht.

### Staatspräsident und Justizminister Dr. Schmitt

führt die Ursachen der vielen Zwangsversteigerungen darauf zurück, daß in Deutschland eine Milliarde Banknoten geschaffen wurden, von denen inzwischen 350 Millionen zurückgeflohen sind. Das Geld geht in die Banken und Sparkassen und soll in der Wirtschaft mitarbeiten. Der landwirtschaftlichen Überproduktion — beispielsweise hat sich der Schweinebestand von 22 auf 25 Millionen erhöht — steht die mangelnde Kaufkraft weiter Volkstreife gegenüber.

Der Staatspräsident kommt dann auf die Schutzmaßnahmen selbst zu sprechen und stellt fest, daß die Einheitswerte nicht zu gebrauchen seien, weil sie die Gefahr der Verschleuderung in sich bergen. Es empfiehlt sich, Zwangsversteigerungen in Zwangsverwaltung umzuwandeln. Die Regierung habe ferner ein Moratorium beantragt.

### Abg. Schill (Centr.) billigt die Schritte der Regierung.

Ein Regierungsvertreter gibt zur Beantwortung der kommunistischen Interpellation eine Erläuterung der von Reich und Land getroffenen Schutzbestimmungen.

### Innenminister Maier

führt aus: Die Kommunisten haben Agitation zu treiben. Die Gründe für die Einbringung ihrer Interpellation entspringen durchaus nicht der Sorge um die notleidenden Landwirte, ihr Zweck ist, das kommunistische Agitationsgebiet auf die Landwirtschaft ausdehnen zu können. Ein Kommunist von Muggensturm habe im Bezirk Kapfau-Rand 250 Unterschriften von Bauern gesammelt, die dem Bezirksamt mitteilten, daß sie am 1. Januar 1932 nicht mehr in der Lage seien, die Zinsen zu bezahlen. So viel Geld haben wir nicht in der Staatskasse, daß wir derartige Sabotagen ertragen können.

Auf rechtsradikaler Seite sei ein agrarpolitischer Apparat gebildet worden, der in einem Bericht feststellte, daß man im badischen Hinterlande mit Erfolg die Landwirte darauf aufmerksam gemacht habe, wie man Steuerfremdung erreicht. Soweit dürfe es der Staat nicht kommen lassen, daß die Bürger aus parteipolitischen agitatorischen Gründen systematisch aufgefördert werden, gegen die Maßnahmen des Staates Stellung zu nehmen.

### Finanzminister Dr. Mattes

stellt fest, daß sich die Einnahmen aus den Domänen und landwirtschaftlichen Betrieben des Staates 2 939 506 RM im Jahre 1929 auf 2,1 Millionen, d. h. um 26 Proz., vermindert haben. In diesem Ausmaß seien die Sachpreise u. v. ermäßigt worden.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) tritt dem Innenminister entgegen. Wenn man die Landwirte berate, so sei daraus kein Wort abzuleiten.

Abg. Marsloff (Sozdem.) ist für den Ausschußantrag. Er polemisiert unter großer Anruhe gegen Kommunisten und die rechte Seite des Hauses.

Abg. Bod (Komm.) sagt im Schlußwort, bei den Kommunisten gebe es kein Geheimnis. Wenn Minister Maier die Ausführungen als Abgeordneter gemacht hätte, gingen

... sie noch an, als Minister seien sie „Blab“ gewesen. Abg. Volk wird zur Ordnung gerufen.

Die Abstimmung begleitet der nationalsozialistische Abg. Merk mit dem Zwischenruf: „Eriegelocherei“. Er erhält einen Ordnungsruf.

Der Zentrumsantrag wird mit allen gegen 9 Stimmen der Opposition für erledigt erklärt.

### Die Strompreise des Badenwerks

Abg. Dr. Walder (D. Vp.) berichtet über den Antrag Dr. Schmittknecht (D. Natl.) betr. Senkung der Strompreise des Badenwerks, der durch die Erklärungen der Regierung als erledigt erklärt werden soll.

Abg. Schill (Centr.) begründet die förmliche Anfrage seiner Fraktion betr.

### Ermäßigung der Nachtpreise und öffentlichen Gebühren.

Ein Regierungsvertreter gibt Auskunft über die Gestaltung der Nachtpreise und Gebühren unter Bezugnahme auf das Aufgabengebiet des Reichspreisministers.

Abg. Dr. Schmittknecht (D. Natl.) führt aus, sein im November eingebrachter Antrag habe auch heute noch Geltung, da die Senkung der Strompreise nicht den Erwartungen entspreche.

Abg. Lehleiter (Komm. P.) begründet einen Antrag auf unentgeltliche Abgabe von Lichtstrom an die Haushaltungen der Fürsorgeempfänger und Abgabe von Strom an Leute bis zu 3000 M. Einkommen sowie an Kleinrentnerbetriebe und Kleinrentner zum Selbstkostenpreis.

### Ausdrücke

führt Abg. Honidel (Centr.) aus, es wäre erwünscht, einen Einblick in die Gehaltsverhältnisse des Badenwerks zu erhalten. Gehälter, die ein Mehrfaches über den Lebensbedarf hinausgingen, wären in heutiger Zeit nicht zu verantworten. Der Redner kommt zu dem Schluss, daß es indigelt sein müßte, die Strompreise noch weiter zu verbilligen. Er knüpft daran Bemerkungen zur Elektrizitätswirtschaft überhaupt. Die Gemeinnützigkeit müsse dem privatwirtschaftlichen Interesse vorangehen.

Auch die folgenden Redner vertreten die Auffassung, daß eine weitere Senkung der Strompreise unbedingt verlangt werden muß.

Es sprechen Abg. Neßler für die Deutsche Volkspartei, Abg. Köhler für die Nationalsozialisten. Köhler scheidet dabei die Gehaltsfrage beim Badenwerk an und fordert Auskunft über die dort bezahlten Gehälter.

Abg. Düggel (Staatsp.) tritt für Herabsetzung der Nachtpreise ein. Er begründet jeden Schritt, der dazu dient, die Gehaltsverhältnisse in der Landwirtschaft zu vermindern. Der deutschen Landwirtschaft müsse fühlbar geholfen werden, wenn die Gefahr des Zusammenbruchs hintangehalten werden soll.

Abg. Trinks (Centr.) ist der Meinung, daß eine generelle Senkung der Werttarife im Hinblick auf die Finanznot der Städte nicht durchführbar sei. Es empfehle sich eine Staffelung zugunsten der Winderbemittelten.

### Finanzminister Dr. Mattes

weist darauf hin, daß die heute geäußerten Wünsche sachlich erst zum Abschluß kommen können beim Etat, wenn es sich darum handelt, Deckung für das zu schaffen, was dem Staat an Einnahmen weggenommen werden soll.

Der Minister fährt fort, man laufe Gefahr, mit der Tarifpolitik auf eine schiefe Ebene zu kommen.

In bezug auf das Badenwerk erklärt er, daß das Anlagekapital sehr groß, die Stromabnahme dagegen viel geringer sei. Man muß also mit erhöhten Generalunkosten rechnen und danach seine Preispolitik einrichten. Das Badenwerk verzögert Gebiete des Landes, die privatwirtschaftlich heute wahrscheinlich noch nicht erfasst wären. Der Minister schildert dann die Entwicklung der Badenwerttarife, die zu einer gerechteren Beurteilung der Dinge führen müsse. Man könne seit acht Jahren eine tendenziöse Tendenz beobachten.

Was die Gehälter anlangt, so sei zu sagen, daß der um die glänzend aufgebaute Unternehmung hochverdiente Direktor Helmke längst nicht mehr in Baden wäre, wenn er die höchsten bezahlten Angebote von außerhalb angenommen hätte. Die Gehälter seien übrigens nach den Richtlinien der Reichsnotverordnung vom 8. Oktober 1931, bezugslos bei Unternehmungen des Staates kein höheres Gehalt als das eines Reichsministers bezahlt werden darf, wenn geregelt worden. Die Gehälter beim Badenwerk übersteigen in keinem Falle das Grundgehalt von 29 000 M.

Der Ausschuh Antrag wird dann mit großer Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Schluss gegen 8 Uhr.

### 11. Sitzung

D. B. Karlsruhe, 18. März 1932.

Vorausgegangene Beratungen im Haushaltsausschuh verursachen eine Verzögerung des Sitzungsbeginns um eine Stunde.

### Jahresrechnungen 1928 und 1929

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Seubert (Centr.) über Vergleichende Darstellung der Voranschlagslage und Rechnungsergebnisse für 1928 und 1929 sowie über die Rechnungsabrechnung für 1929. Er äußert sich dabei auch ausführlich über die Denkschrift des Rechnungshofes über seine Tätigkeit.

Der Ausschuh stellt

### den Antrag,

die Einnahmen und Ausgaben der Allgemeinen Staatsverwaltung für 1928 und 1929 für unbeanstandet zu erklären und die Überschreitungen nachträglich zu genehmigen, ferner Nachweisung und Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen und dazu keine Beanstandungen zu machen.

### In der Ausdrache

erklärt sich Abg. Bauer (D. Natl.) damit einverstanden, daß der Rechnungshof die strengste Kontrolle aller Ausgaben übt und eine möglichst selbständige Stellung einnimmt. Der Redner beschränkt sich mit der nach seiner Ansicht zu weitgehenden Kritik an Geschäftsbereichen des Unterrichtsministeriums unter Minister Dr. Veers, wo sie im Anschluß an die Denkschrift des Rechnungshofes in einer Presseveröffentlichung zum Ausdruck gekommen sei. Insbesondere bemängelt er die Art, wie in der Öffentlichkeit die Frage der Nebenbeschäftigung der Hochschulpromovierten behandelt wurde. Für die Bemerkung, daß Finanzminister Dr. Mattes seine Partei für ein „Einseitig-gericht“ verkauft habe, erhält der Redner einen Ordnungsruf.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Baumgartner erklärt zu dem Vorwurf, daß er es unterlassen hätte, Herrn Dr. Veers gegen Angriffe in der Presse zu verteidigen, er

könne nicht gegen einen Presseartikel polemisieren, ehe eine völlige Klarstellung vorliegt. Der Abg. Bauer sei im Ausschuh Zeuge gewesen, wie er, der Minister, im Haushaltsausschuh die Sachlage dargestellt habe an der Hand der Akten und auf Grund der Denkschrift selbst. Wenn der Artikel alle Punkte der Denkschrift enthalten hätte, wäre es zu der Überschrift „Scharfer Vorstoß gegen das Unterrichtsministerium“ nicht gekommen. Es handelt sich nicht um materielle Überschreitungen, die beanstandet wurden, sondern um formale Beanstandungen. Das sei eine selbstverständliche Aufgabe des Rechnungshofes.

Im übrigen erklärt der Minister, daß in dieser Zeit der Not Beamte und Professoren sich nicht den Privatarchitekten in den Weg stellen dürften. Sie sollen sich auf Aufgaben beschränken, die unerlässlich zur Weiterbildung seien.

### Finanzminister Dr. Mattes

erklärt: Auf den Vorwurf des Abg. Bauer einzugehen, lehne ich ab.

Abg. Hofheinz (Staatsp.) führt aus, das Wesentliche sei, daß sachliche Beanstandungen nicht vorliegen. Mit der Kritik der Nebenbeschäftigung der Professoren habe der Rechnungshof über Ziel hinausgeschossen.

Abg. Volk (Komm. P.) ist gegen den Ausschuh Antrag, der schließlich mit allen gegen acht Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen wird, bei Stimmhaltung der Deutschnationalen.

### Es folgte der Bericht des

Abg. Seubert (Centr.) über die

Berechnung der in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 bewilligten außerplanmäßigen Ausgaben und der vom Landtag noch nicht genehmigten restlichen Administrativkredite.

Er beantragt nachträgliche Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben mit 400 000 M. und ebenso die Genehmigung der Administrativkredite in Höhe von 725 000 M.

Abg. Volk (Komm. P.) begründet einen Antrag auf Verwendung von Mitteln aus dem Wehrhilfsfonds für bestimmte Zwecke. Der Antrag wird abgelehnt und der Ausschuh Antrag mit allen gegen 8 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten bei Stimmhaltung der vier Deutschnationalen angenommen.

### Kirchengelbes

Darüber berichtet

Abg. Dr. Köhler (Centr.). Die Einzelheiten sind bekannt. Der Berichterstatter gibt eine ausführliche Darstellung der Lage der Religionsgesellschaften und der Gehaltsverhältnisse der Geistlichen sowie des Wanges der Ausschuh Verhandlungen und des materiellen Inhalts der Gesetzesbestimmungen selbst.

Der Antrag des Haushaltsausschuhes geht dahin, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlagen zuzustimmen, mit der Änderung, daß in § 6 festgelegt wird:

Das Gesetz tritt am 1. April 1932 in Kraft und am 31. März 1935 außer Kraft, zu welchem Termin auch das Dotationsgesetz abläuft. Die Regierungsvorlage hatte das Gesetz bis zum 1. März 1936 befristet.

In der allgemeinen Beratung erklärt

Abg. Hofheinz (Staatsp.) für seine Fraktion Stimmhaltung. Die Notlage der Kirchen hält er nicht für so zwingend, daß das Gesetz von heute auf morgen erledigt werden müßte. Auch bemängelt er die Lösung dieser Notstandsaktion nach Art der leider beliebigen geordneten Kopffsteuer. Wenn man die notwendige Zeit zur eingehenden Behandlung gefunden hätte, so wäre auch über die zahlenmäßigen Steuergrundlagen Klarheit geschaffen worden, die in diesem Ermächtigungsgesetz fehlten.

(Fortf. des Berichts in der nächsten Nummer.)

### Die Kirchenopfersteuer

Der Haushaltsausschuh des Landtags beriet gestern den „Entwurf eines Gesetzes über das Kirchengeld“.

Danaach sollen die nach § 18 der badischen Verfassung anerkannten Religionsgemeinschaften berechtigt sein, von ihren Kirchenangehörigen, soweit sie über selbständiges Einkommen verfügen, neben der Landesbesteuerteuer einen einseitlichen oder gestaffelten Beitrag (Kirchengeld) zu erheben. Es handelt sich also in Parallele zur Bürgersteuer der Gemeinden um eine kirchliche Kopfsteuer. Diese soll erhoben werden von allen über 20 Jahre alten Kirchenmitgliedern, soweit bei ihnen die steuerlichen Voraussetzungen zutreffen. Befreit sollen sein solche Personen, welche weniger als 500 M. im Sinne des Einkommensteuergesetzes verdienen; für Verheiratete, Verwitwete oder Geschiedene mit einem Hausstand erhöht sich diese Freigrenze auf 900 M. Das Gesetz soll bereits am 1. April d. J. in Kraft treten und bis zum 31. März 1936 befristet sein.

Begründet wird die Notwendigkeit der Einführung dieser Kopfsteuer mit der von den Kirchenbehörden zum Ausdruck gebrachten starken Abnahme aus Kirchensteuermitteln und Pfundenertragsquellen. Soweit bisher bekannt, plant die katholische Kirche, diesen Kopfbeitrag zwischen 3 und 6 M. gestaffelt zur Einführung zu bringen.

### Ferienfondszüge

In diesen Jahre werden voraussichtlich folgende Ferienfondszüge verkehren:

Basel Bad. Pf.—Straßburg und Carlsbahnen-Traffenheide am 9./10. Juli,

(Kaiserslautern)—Mannheim—München über Heidelberg—Bretten am 15./16. und 30./31. Juli,

Basel Bad. Pf. und Konstanz—Mannheim—Darmstadt und Bremen am 30./31. Juli,

Basel Bad. Pf. und Konstanz—Mannheim—Berlin Ansb. Pf. am 30./31. Juli,

Basel Bad. Pf. und Konstanz—Mannheim—Dortmund am 31. Juli und Mannheim—Heidelberg—Basel Bad. Pf. und Konstanz am 31. Juli.

Die genauen Verkehrsstage und die Fahrpläne werden Mitte Mai veröffentlicht werden.

### Staatliche Ueberschule Surtwangen

In den letzten Tagen fand in Surtwangen an der Badischen Ueberschule die schriftliche Entlassungsprüfung statt. Mit dem Bestehen dieser Prüfung ist die mittlere Reife verbunden. Das praktische Arbeitsstudium wurde bereits in der vorhergehenden Woche unter der Aufsicht der Institutslehrer angefertigt. Die schriftliche Prüfung umfaßt Deutsch, Mathematik, Physik, Mechanik, Instrumententunde, Agrarkunde, Konstruktionslehre, Elektrotechnik, Fachzeichnen und Kostenberechnen. Für die abgehenden Schüler findet am Samstag, den 19. März, vormittags 10 Uhr, eine Entlassungsfeier mit Preisverteilung statt, ihr geht eine öffentliche Unterrichtsprobe von 8—10 Uhr voraus. Die im Laufe des Schuljahres gefertigten Schülerarbeiten sind für den allgemeinen Besuch am Samstag, den 19. d. M. und am Sonntag, den 20. d. M. ausgestellt. Die Ausstellung wird erst am 2. April abgebaut, um auswärtigen Be-

suchern während der Osterferien nach vorheriger Anmeldung bei der Direktion (Zimmer 286) oder beim Hausmeister noch die Gelegenheit zur Besichtigung zu geben.

### Schlussfeier der Badischen Bauernschule Ittendorf

Die Bad. Bauernschule Ittendorf bei Weersburg, beschloß am 18. März ihren ersten Jungbauernlehrgang, der von 26 Teilnehmern aus Baden und Hohenzollern besucht war, mit einer öffentlichen Schlussfeier. Es hatten sich hierzu Vertreter der Bad. Regierung, Vertreter von Körperschaften, landwirtschaftlichen Organisationen und Landwirtschaftsschulen, sowie eine große Anzahl Freunde und Gönner der Anstalt eingefunden. Neben den die Feier umrahmenden gesanglichen Darbietungen gaben die von den Kursteilnehmern gehaltenen Vorträge und Gedichte reichlich Gelegenheit von dem Arbeitsgebiet der Schule Kenntnis zu nehmen. Man war allgemein befriedigt und erfreut über den Erfolg der Schule. Aus den Ansprachen der Vertreter der Regierung, Behörden und Organisationen ließ sich entnehmen, daß man dieser jüngsten bäuerlichen Bildungsanstalt Badens vielseitiges Interesse und größte Wertschätzung entgegenbringt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Freiburg, 18. März. In seiner Wohnung in Freiburg verstarb heute früh 1/3 Uhr der Buchdruckermeister und langjährige Mitverleger der „Freisgauer Nachrichten“ in Emmendingen, Karl Eppig, wenige Tage vor seinem 63. Geburtstag. Er war u. a. langjähriger Vorsitzender des Freiburger Buchdruckervereins und gehörte auch dem Vorstand des Südbadischen Zeitungsverlegervereins an.

D. B. Gutsch, 18. März. Gestern abend wurde der in Ramsbach gelegene stattliche Neubauernhof, Besitzer Friedrich Woehle, durch Feuer vollständig eingeschloßt. Es wird kurzschluß oder Brandstiftung vermutet. Das Gebäude war, wie alle anderen aus Holz gebauten Schwarzwaldbäuser, nur wenig versichert.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	18. März		17. März	
	6 ab	2 ab	6 ab	2 ab
Amsterdam 100 G.	169.93	170.27	170.03	170.37
Kopenhagen 100 Kr.	83.92	84.08	83.97	84.13
Italien . . . 100 L.	21.76	21.80	21.68	21.82
London . . . 1 Pf.	15.23	15.27	15.23	15.27
New York . . . 1 D.	4.200	4.217	4.200	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.57	16.61	16.57	16.61
Schweiz . . . 100 Fr.	81.41	81.57	81.42	81.58
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Brag. . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

### Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 16. März 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 16. März 1932 für eine Unze Feingold 114 sh —d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom 16. März 1932 mit 15,28 M. umgerechnet 87,060 M. für ein Gramm Feingold demnach 13,9822 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,80020 M.

### Börsen und Geldmarkt

Die Börsen hatten auch in dieser Woche lustiges Geschäft. Das Wahlergebnis vom Sonntag wurde günstig beurteilt und als ein Beweis für die innere Festigung Deutschlands angesehen. Die Beruhigung, die davon ausging, bot aber dem schwereren Schlag, den die Finanzwelt durch den Tod des schweizerischen Rindholzkönigs Kreuger erhalten hat, in der Kursentwicklung kaum ein kräftiges Gegengewicht. Die Auswertungen der Vorgänge im Kreuger-Kongress lassen sich noch in keiner Weise übersehen. Auf fast allen Gebieten erfolgten Kursrückgänge und Realisationen. Auch der Rentenmarkt tendierte schwach. Die Werte waren hier vielfach schwer verkäuflich. Man konnte vielfach die Meinung hören, daß die Börsen die Tragweite von Kreugers Tod überschätzen, aber trotzdem war das Ereignis zu lebendig und zu mächtig, als daß sich bei aller Befriedigung über das Sonntag-Wahlergebnis eine Beruhigung hätte erregen können. Die Tendenz blieb weiter nervös und das Geschäft flaute sehr stark.

Die Diskontsenkung der Reichsbank von 7 auf 6 Proz. ist zwar erfreulich, aber zu gering, um die Wirtschaft anzuheben zu können. Dabei bleibt die Devisenlage der Reichsbank weiter angespannt. Daß es auch noch rentierende Unternehmungen gibt, beweist die Akumulatorenfabrik AG., die 12 Proz. Dividende und 25 Proz. Bonus ausschüttet. Allerdings ist bereits die Befürchtung aufgetaucht, daß dadurch zum Teil eine Abziehung von Kapitalanlagen aus Deutschland durch Ausländer ermöglicht werden soll. Die Devisenbewirtschaftungsstellen haben sich auch bereits mit der Angelegenheit beschäftigt. In Württemberg wurde mit Beteiligung des Staates eine selbständige Bank, die „Bank von Württemberg“, gegründet, die die Aufgabe hat, die württembergische Wirtschaft mit neuen Krediten zu versorgen.

Deutsche Ford-Gesellschaft ohne Dividende. In einer Aufsichtsratsitzung der Ford Motor Company AG., Köln, wurde mitgeteilt, daß der Abschluß infolge der Wirtschaftskrise erheblich zurückgegangen sei. Eine vorübergehende starke Einschränkung des Betriebs habe sich nicht vermeiden lassen. In der ersten Hälfte des Jahres 1931 sei noch ein ansehnlicher Überschuh erzielt worden. Die Gesamtzerlegung an Personenzugmaschinen betrug im Jahr 1931 3991 Stück, gleich 7,1 Proz. des Gesamtabsatzes der deutschen Automobilindustrie, und 2435 Stück Lastkraftwagen, gleich 19,2 Proz. des gesamten Lastkraftwagenabsatzes der deutschen Industrie. Der Neubau der umfangreichen Fabrik in Köln habe jedoch erhebliche Aufwendungen erfordert. Eine Dividende (i. H. 10 Proz.) dürfte somit 1931 nicht verteilt werden.

Diskontsenkungen in England und Österreich. Die Bank von England hat am Donnerstag ihren Diskontsatz um 1/2 Proz. von 4 auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt. Der Satz von 4 Proz. war seit dem 10. März 1932 in Kraft. — Die Österreichische Nationalbank beschloß, den Zinssfuß im Wechselkomptiergeschäft von 8 auf 7 Proz. herabzusetzen.

Katastrophaler Sturz der Kreugerwerte in Basel. Auf der Basler Börse erfolgte am Donnerstag ein förmlicher Kurszusammenbruch der Kreuger & Toll-Aktien, die auf 15 Franken fielen (höchster Kursstand 1928 1400 Franken). Der Grund lag in einem außerordentlich starken Angebot von Kreugerwerten aus Stockholm, wo diese Papiere vorläufig nicht ge-

**Auktionshaus Schwer** Kreuzstr. 3, Eingang Zirkel, Tel. 4852  
Größte Auktionshalle am Platze.

Große Nachlassversteigerung im Auftrage des Herrn Reg.- u. Baur. E., unter Anderem: Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchenmöbel, komb. Emailherd u. a. m. Letzte Versteigerung vor Ostern **Mittwoch, 23. März**, Vorm. 11 Uhr u. Nachm. 3 Uhr.

handelt werden dürfen. Inzwischen ist aus Stockholm bei den schweizerischen Börsen ein telegraphisches Gerücht eingetroffen, das um vorläufige Einstellung des Handels in allen Kreuzgewerten ersucht. Wie verlautet, soll diesem Ersuchen entsprochen werden. Die Schwankungen der Kreuzgewerte nach oben und unten betragen im Verlaufe der Börse über 50 Prozent des Kurswertes. Die Beunruhigung und Unsicherheit übertrug sich auch auf die schweizerischen Werte und erst gegen Börsenschluß war eine Erholung in diesen zu konstatieren.

### Aus der Landeshauptstadt

**Todesfall.** Der bekannte Führer der badischen Gemeindebeamtenschaft, Verbandsdirektor Alfred Weiler, ist am Mittwoch, den 16. März unerwartet rasch im Alter von nahezu 60 Jahren entschlafen. Im Jahre 1898 trat er vom Staatsdienst in die Dienste der Stadt Karlsruhe über, wo er 1902 als Oberrechnungsrat zum Vorstand des städt. Rechnungsrevisionsamtes ernannt wurde. Der Verstorbene war Gründer und Vorsitzender der städt. Beamtenvereine in Karlsruhe und später des Landesverbandes der städt. Beamtenvereine. Nach Kriegsende trat er aus den Diensten der Stadt Karlsruhe aus, um sich ganz den badischen kommunalen Landesvereinen zu widmen. Ferner war er sowohl im Reichsbund der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands wie auch im Deutschen Beamtenbund in führenden Stellungen tätig.

**Wohlfahrtsmärkte.** Die Wohlfahrtsmärkte der Deutschen Reichspost werden nur noch bis Ende März verkauft. Jeder, der die Not im Volke lindern möchte, findet hierzu eine gute Gelegenheit, wenn er die Wohlfahrtsmärkte zur Freimachung seiner Osterwunschkarten usw. verwendet. Die Wohlfahrtsmärkte sind noch bis Ende August gültig.

**Goethes 100. Todestag im Rundfunk.** Montag, den 21. März überträgt der Südwestfunk 20.45 Uhr die „Feier im Frankfurter Goethe-Haus“ mit Begrüßungsworten von Professor Dr. Deutler und einer Ansprache aus dem Nachlaß von Friedrich Gundolf. Darauf folgt 21.30 Uhr eine Hörspiel „Goethes Tod“, in zeitgenössischen Versen. Am Todestag selbst, Dienstag, den 22. März, wird um 9.30 Uhr als Reichssendung die Goethe-Feier aus Weimar übertragen. Sie bringt eine Festansprache des bekannten Berliner Literaturhistorikers Prof. Dr. Julius Petersen, umrahmt von Darbietungen des Thomauer-Chors aus Leipzig. Aus Frankfurt überträgt am 22. März 18.15 Uhr der Südwestfunk die „Gedenkreise für Goethe“, die von dem Goethe-Preissträger des Jahres 1928, dem bekannten Arzt und Kulturphilosophen Prof. Dr. Albert Schweitzer, gehalten wird. 19.30 Uhr folgt dann am 22. März aus Berlin eine Sendung „Faust“, II. Teil in der Inszenierung von Ernsthardt Mittwoch, den 23. März, 19.35 Uhr, gelangt in einer Übertragung aus Frankfurt eine Goethe-Anecdote „Mignon“, von Wilhelm Schäfer zum Vortrag.

**Badisches Landestheater.** Wie schon angekündigt, findet im Landestheater am Sonntag, den 20. März, zum Gedächtnis des 100. Todestages Goethes eine „Morgenfeier“ zum Thema

„Der junge Goethe“ statt, die vom Landestheater-Orchester mit Gluck-Overtüre zur Oper „Phigenie in Aulis“ eingeleitet wird. Es folgt die Erstaufführung des Schauspiel „Salyros oder Der vergötterte Baldeuse“, einer sehr beziehungsreichen Satire, die der Dichter selbst gegenüber Friedrich Jacobi als „ein Dokument der göttlichen Freiheit unserer Jugendjahre“ bezeichnete. — Hieran schließt sich die Festansprache Sr. Magnificenz des Herrn Rectors der „Friedericiana“ Professor Dr. Karl Holl. Sodann folgen Rezitationen Goethescher Gedichte durch Ulrich von der Trend. — Den Beschluß der Feier wird die Erstaufführung von „Jery und Bätelh“ des jungen Goethe bilden, eines Singspiels, zu dem Heinrich Pfaff die Musik geschaffen hat.

**Zur Aufführung der Matthäus-Passion.** Es gibt kein musikalischeres Werk, als Joh. Seb. Bachs Matthäus-Passion. Sie ist für alle namhaften gemischtsprachigen Vereinigungen das Auführungswerk des Karfreitags, schlechthin geworden und erfreut sich gerade in Karlsruhe einer besonderen liebevollen Pflege durch die „Chorvereinigung“ (Sängerchorverein und Karlsruher Frauenchor). Seit dem Jahre 1929 ist die Matthäus-Passion von diesem unter der zielbewußten künstlerischen Leitung von Dr. S. Knoll stehenden Chorvorpost regelmäßig zur Aufführung gebracht worden. Auch diesmal ist im Verein mit dem hervorragenden Orchester des Badischen Landestheaters und den ausgezeichneten Solisten des Vorjahres (Marie Fana, Friede Haberhorn, Heinrich Kuppinger, Adolf Schöpflin und Franz Schuster) eine schlackenlose Darbietung der gewaltigen Schöpfung Bachschen Genies gewährleistet. Es wurden zu dieser Aufführung Eintrittspreise festgesetzt, die es auch den ganz wenig Bemittelten noch möglich machen, sich am kommenden Karfreitag an Joh. Seb. Bachs grandiosem Werk zu erheben.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen:** Unter dem Einflusse der jetzt im Süden liegenden Zykone haben wir das wolfige Wetter behalten. Mit nordöstlichen Winden ist in den unteren Schichten neubildende Kaltluft nach Süddeutschland gelangt, so daß heute nacht im ganzen Lande wieder Frost beobachtet werden konnte. Eine Abkühlung des Wetters ist vorläufig nicht zu erwarten. Mit der weiteren Ostwärtsverlagerung des Mittelmeertiefs ist jedoch später die Möglichkeit von Niederschlägen gegeben. **Vorausage:** Noch meist wolfig, ziemlich kalt und vorerst trocken bei nordöstlichen Winden.

**Wasserstände:** Waldshut 244 plus 69, Basel 30 plus 58, Schutterinsel 90 plus 61, Rheinweiler 170 plus 88, Rehl 178 plus 14, Marau 345 plus 8, Mannheim 210 plus 10, Caub 128 plus 7 Zentimeter.

### Staatsanzeiger

**Lösungsvertrieb.** Dem katholischen Pfarramt in Steinhausen (Württemberg) wurde zugunsten der Wiederherstellung der Wallfahrtskirche die Erlaubnis zum Lösungsvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 14. März 1932. Der Minister des Innern.

Nach den Mitteilungen der Bezirksstierärzte waren am 15. März 1932 im Lande Baden verendet mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Adelsheim	Krautheim
Bruchsal	Landshausen
Bühl	Salzhofen, Ulm
Heidelberg	Heidelberg-Kirchheim, Heiligkreuzsteinach, Sandhausen
Körbisch	Brombach, Inglingen, Gallingen, Weil a. Rh.
Mannheim	Brühl, Ebingen, Badenburg, Mannheim-Kirchcarlshausen, Mannheim-Neckarau, Mannheim-Sedenheim, Planstadt, Schriesheim, Schweigen, Neckarmühlbach
Mosbach	Pforzheim-Brödingen, Riefeln
Pforzheim	Eppingen, Neckarbischofsheim, Zuzenhausen
Sinsheim	Weinheim, Geddesheim
Weinheim	
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Brühl, Badenburg, Mannheim-Sedenheim
Oberkirch	Oßbach
Milzbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Adelsheim	Buch am Horn
Donauschingen	Hammereisenbach-Bruggenbach
Lahr	Jahenheim, Meichenheim
Badisches Statistisches Landesamt.	

### Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

**Ernannt:**  
Die Landgerichtsräte Friedrich Daffencamp und Eugen Gobel in Offenburg, ersterer zum Oberlandesgerichtsrat, letzterer zum Landgerichtsdirektor und Vorsitzenden der Kammer für Handelsfachen in Offenburg.  
**Verfetzt:**  
Landgerichtsdirektor Wilhelm Engler in Offenburg nach Konstanz unter gleichzeitiger Ernennung zum Vorsitzenden der Kammer für Handelsfachen dajelbst, die Justizobersekretäre Anton Dörner beim Amtsgericht Heidelberg zum Amtsgericht Wiesloch und Jakob Weidinger beim Amtsgericht Wiesloch zum Amtsgericht Heidelberg.  
**In den einwöchigen Ruhestand verfetzt:**  
Studententat Pius Rübenacker bei den Strafjustizialen in Bruchsal auf 1. Mai 1932.

Der beste Kämpfer für unsere Sache, unser allverehrter Kollege

**Verbandsdirektor**

## Alfred Weiler

ist mitten aus seiner Lebensarbeit für die deutsche Beamtenschaft in ein besseres Jenseits abgerufen worden.

Die badischen Gemeindebeamten und -angestellten haben einen unersetzlichen Verlust erlitten. Die außerordentlichen Verdienste und die zielbewußte, aufopfernde Tätigkeit des Entschlafenen werden in unseren Reihen unvergessen bleiben.

Worte fehlen, um das zu schildern, was uns alle bewegt. Einer unserer Besten ist uns genommen worden.

Ehre seinem Andenken!

Karlsruhe, den 16. März 1932.

**Verband der Gemeindebeamten und -angestellten Badens E. V.**

**Badisches Landestheater**

Samstag, den 19. März 1932  
\*G. 21. F. h. Gem. III. S. - G.  
2. Gäfte und 901-1000

**Wallenstein**

Von Schiller

**Wallensteins Tod**

Regie: Dr. Waag.

Mitwirkende:

Bertram, Emarth, Frauendorf, Seiling, Baumbach, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Hierl, Höder, Kienscherf, Kuhne, Luther, Mehner, R. Müller, Reiter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, Mateo, Seibert

Anfang 20 Ende 23  
Preise B (0,70-4,20 RM)

# Eröffnung

## heute

### um 4 Uhr

# Erwege

EINHEITSPREIS - G.M.B.H.

gegenüber der Hauptpost

## Wir werben für Sie!

## Für die Osterbäckerei

empfehlen wir in anerkannt besten Qualitäten!

<b>Konfektmehl</b> allerfeinste Qual., Pfd. 28 <i>RM</i>	<b>Grießzucker</b> (südd. Mahlung) Pfund 38 <i>RM</i>
<b>Konfektmehl</b> allerfeinste Qualität 5 Pfund-Säckchen 1,60 <i>RM</i>	<b>Sultaninen</b> Ia. Qualität . . . Pfund 96 <i>RM</i>
<b>Konfektmehl</b> allerfeinste Qualität 10 Pfund-Säckchen 3,20 <i>RM</i>	<b>Korinthen</b> Ia. Qualität . . . Pfund 60 <i>RM</i>
<b>Weizenauszugmehl</b> 00. allf. Qual. Pfd. 26 <i>RM</i>	<b>Rosinen</b> Ia. Qualität . . . Pfund 60 <i>RM</i>
<b>Eier</b> frische schwere Ware . . . Stück 8 <i>RM</i>	<b>Zitronen</b> . . . . . Stück 4 <i>RM</i>
<b>Trinkeier</b> gestempelt . . . . . Stück 10 <i>RM</i>	<b>Backpulver</b> „Oetker“ . . . . . Paket 9 <i>RM</i>
<b>Teebutter</b> Ia. Qualität . . . Pfund 43 <i>RM</i>	<b>Backpulver</b> „GEG“ . . . . . Paket 8 <i>RM</i>
<b>Tafelbutter</b> in Ballen, Ia. Qualität 1/2 Pfund 40 <i>RM</i>	<b>Vanillezucker</b> „Oetker“ . . . Paket 5 <i>RM</i>
<b>Margarine</b> „Sanella“ . . . Pfund 63 <i>RM</i>	<b>Vanillezucker</b> „GEG“ . . . Paket 5 <i>RM</i>

**Warenabgabe nur an Mitglieder!**

Wir bitten unsere Mitglieder, nicht nur auf die vorteilhaften Preise, sondern auch auf die anerkannt guten Qualitäten zu achten.

## Lebensbedürfnisverein

Druck G. Braun, Karlsruhe